



# STADT



**ADRIAN BORGULA**  
Stadtrat im Gespräch  
Seite 3



**FLÜCHTLINGE**  
Studieren lassen  
Seite 4



**BEZAHLBARER  
WOHNRAUM**  
Gemeinnützig bauen  
Seite 5

## PARKHAUS MUSEGG: EINE IDEE VON VORGESTERN

Das geplante Parkhaus Musegg wird von den Initianten als ideale Lösung angepriesen. In Wirklichkeit löst es das Carproblem nicht, weil die Carparkplätze am Löwenplatz auch mit dem Parkhaus Musegg bestehen bleiben. Die Folgen wären Mehrverkehr in den Quartieren. Dieser ist nach mehreren deutlichen Volksentscheiden jedoch untersagt.

Schon 1980 stimmten die Luzerner Stimmberechtigten über das unterirdische Parkhaus im Musegg-Hügel ab. Das Vorhaben erfuhr damals mit 16'300 Nein-Stimmen gegenüber 4'900 Ja-Stimmen eine deutliche Abfuhr. Dann verschwand das Projekt im Archiv des Ingenieurbüros. 35 Jahre später wird ein fast identisches Projekt wieder aufgetischt.

Heute gibt es andere Anforderungen an die Stadtplanung, den Verkehr und die Umwelt. Es ist unsinnig, dass eine Fahrt mit dem Auto ins ohnehin chronisch verstopfte Stadtzentrum attraktiver gemacht wird. Der Platz auf

«Das Carproblem am Löwenplatz bleibt auch mit dem Parkhaus Musegg bestehen»



Der Mehrverkehr in den Quartieren zerstört den Lebensraum der BewohnerInnen.

den städtischen Strassen ist knapp und kann nicht vergrössert werden. Darum muss der bestehende Raum möglichst effizient genutzt werden. Wenn immer möglich, sollen sich die Menschen darum zu Fuss, mit Velo oder Bus fortbewegen. Das Auto soll zuhause gelassen oder auf einem Parkplatz ausserhalb der Stadt abgestellt werden, um dort auf Bus oder S-Bahn umsteigen zu können.

### Mehrverkehr für Quartiere

Die geplante Einfahrt beim Nölliturm verursacht viel Verkehr. Der Widerstand im direkt betroffenen Quartier ist gross; innert kurzer Zeit kamen über 2'000 Unterschriften gegen das Parkhaus zusammen. Die negativen Auswirkungen betreffen auch das

Basel-Bernstrasse-Quartier, in dem am meisten Kinder der Stadt wohnen. Seit Jahren investiert Luzern viel Geld, um diesen Stadtteil aufzuwerten. Das Parkhaus Musegg würde das Babel-Quartier mit noch mehr Verkehr, Lärm und Feinstaub belasten. Zudem ist der Kasernenplatz heute schon ein vom Autoverkehr dominierter Einschnitt im Quartier. Mit dem Parkhaus Musegg würde der Kasernenplatz noch unattraktiver.

### Stadt trägt Risiko

700 neue Parkplätze sollen im Hügel unter der Musegg entstehen. Damit das Projekt überhaupt realisiert werden dürfte, müssten gemäss Stadt 300 bis 600 bestehende Parkplätze in

der Innenstadt aufgehoben werden. Anschliessend hätte Luzern zu Parkplätzen in der Innenstadt praktisch nichts mehr zu sagen. Würde das Parkhaus bewilligt, kann der entste-

«Das Projekt führt zwangsläufig zu Mehrverkehr»

hende Verkehr durch die Stadt nicht mehr gelenkt werden. Die Einnahmen aus den Parkgebühren gingen zudem nicht mehr zur Stadt, sondern an private Investoren, welche damit Rendite machen wollen. Es zeichnet sich aber

schon heute ab, dass das Projekt viel teurer wird, als ursprünglich angekündigt. Die Baurisiken für eine solche riesige Höhle sind zudem immens. Es besteht die grosse Gefahr, dass am Schluss die Stadt für den Schaden aufkommen muss.

### Keine Lösung für das Carproblem

Die InitiantInnen meinen, mit dem Parkhaus Musegg das Carproblem lösen zu können. Ein Gutachten der Stadt zeigt aber, dass in der Stosszeit viel mehr Platz nötig wäre, als das Parkhaus bereitstellen könnte. Das Problem mit den Carparkplätzen am Löwenplatz bleibt auch mit dem Park-

Fortsetzung auf Seite 2

### STANDPUNKT



#### Nein zu einem Parkhaus Musegg

Liebe Luzernerinnen und Luzerner

Auf den ersten Blick tönt die Sache verlockend. Mehr Platz für Autos, Cars und eine attraktivere Innenstadt. Doch leider ist dies nur die halbe Wahrheit.

Mit dem Parkhaus Musegg würden 700 Parkplätze entstehen. Damit ist die Verlockung riesig, mit dem Auto mitten ins Zentrum zu fahren. Die zusätzlichen Parkplätze brächten keine Verkehrsberuhigung, denn mehr Parkplätze führen zu noch mehr Verkehr auf den Strassen. Zudem führt die Zufahrt für diese Autos mitten durch Wohnquartiere und bedroht so den Lebensraum vieler Kinder. Ganz ehrlich: Möchten Sie, dass vor ihrem Haus eine neue Parkhauseinfahrt entsteht? Haben Sie gewusst, dass mit dem Parkhaus Musegg das Car-Chaos am Löwenplatz bestehen bleibt?

Im Interesse der Bevölkerung werde ich mich gegen das Parkhaus Musegg einsetzen.

Ich wünsche Ihnen ein gutes Jahr 2016.

Marco Müller

Marco Müller  
Präsident Grüne Stadt Luzern  
marco.mueller@gruene-luzern.ch

# WIR WOLLEN REGIONALE PRODUKTE ZU FAIREN PREISEN

**Weihnachtszeit ist Wegwerfzeit. Tonnen von Abfall landen nach den Festtagen auf dem Abfall. Darunter viele Esswaren, die keinen Platz mehr finden in den prall gefüllten Mägen. 729 Kilo Abfall produzieren wir in der Schweiz pro Kopf und Jahr. Eine «weltmeisterliche» Leistung, auf die wir nicht stolz sein können. Von den kostbaren Lebensmitteln wird rund ein Drittel weg geworfen.**

**Für mehr Qualität auf dem Teller**  
Der sorglose Umgang mit Lebensmitteln und Rohstoffen zeigt, dass sich viele Menschen nicht bewusst sind, wie viel Wasser, Energie und Umweltzerstörung in unseren Alltagsprodukten stecken. Mit der «Fair-Food»-Initiative wollen die Grünen das Problem an der Wurzel packen. Die nationale Volksinitiative hat vier Verbesserungen zum Ziel:  
**Nachhaltig produzierte Lebensmittel:** Produkte aus bäuerlicher Landwirtschaft,



Regula Rytz bei der Einreichung der Fair-Food-Initiative im November 2015. [www.fair-food.ch](http://www.fair-food.ch)

schaft, fairem Handel sowie aus regionaler und saisonaler Produktion sollen einen Marktvorteil erhalten.

**Fairer Wettbewerb:** Importierte Lebensmittel müssen mindestens nach den hier gängigen Standards herge-

stellt werden. Wir wollen kein Hormonfleisch und keinen Gen-Reis auf dem Teller.

**Mehr Transparenz:** Neben der Herkunft sollen auch die Produktionsbedingungen deklariert werden.

**Weniger Foodwaste:** Lebensmittelverschwendung soll bereits an der Quelle verhindert werden.

## Fairer Handel statt Freihandel

Im Bereich der Nahrung zeigt sich unsere enge Verknüpfung mit der Welt. Rund fünfzig Prozent der Lebens- und Futtermittel in der Schweiz werden heute aus dem Ausland importiert. Sie lösen dort zum Teil schlimme Umweltschäden aus. Durch weniger Verschwendung und weniger Fleischkonsum kann die Abhängigkeit gesenkt werden. Doch die reine Selbstversorgung in der Schweiz bleibt eine Illusion. Die Fair Food-Initiative schlägt deshalb eine Brücke zwischen den Bauernfamilien in der Schweiz und in der sonstigen Welt: Alle sollen gesunde, natur- und tierfreundliche Lebensmittel zu fairen Preisen produzieren können. Es liegt an uns, die Spielregeln zu machen!

Regula Rytz, Co-Präsidentin Grüne Schweiz, Nationalrätin (BE)

## STOPP NAHRUNGSMITTEL-SPEKULATION

Weltweit hat noch immer jeder neunte Mensch nicht genug zu essen. Neben Armut, ungerechter Landverteilung und Klimawandel trägt auch die Spekulation mit Nahrungsmitteln dazu bei. Sie führt zu Preisexplosionen, welche vor allem Menschen in Entwicklungsländern sofort im Geldbeutel und Magen spüren. Unter dem Motto «Mit Essen spielt man nicht» haben die JUSO im März 2014 erfolgreich die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» eingereicht.

Die Initiative verbietet unnötige Spekulation. So hilft sie dabei, dass

niemand mehr verhungern muss und Menschen in ihren Heimatländern eine Zukunft haben.

Um zum Kampf gegen den weltweiten Hunger beizutragen, will sie die Investition in Finanzinstrumente verbieten, welche sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen. Verträge über die terminliche oder preisliche Absicherung bestimmter Liefermengen sollen weiterhin zulässig sein. Des Weiteren soll sich der Bund auch auf internationaler Ebene für die Bekämpfung der Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen einsetzen.

## ZU BESUCH BEI DER EMMER BIOBÄUERIN MAYA PROBST HELFENSTEIN



Maya Probst Helfenstein auf ihrem Bio-Betrieb in Emmen.

**Was hat dich bzw. euch dazu bewogen auf Bio umzustellen und vor allem auch dabei zu bleiben?**

Als Familie mit kleinen Kindern waren wir für Zukunftsfragen sensibilisiert, und wir wollten unseren Teil zu einem schonenden Umgang mit der Natur beitragen. Biologische Landwirtschaft wurde für uns dabei immer selbstverständlicher und aus diesem Grund haben wir unseren Hof bereits 1992 auf Bio umgestellt.

**Wieso führt ihr einen Hofladen, und wie erlebst du den Austausch mit deinen KundInnen?**

Wir versuchten immer auf unserem Hof möglichst Kreisläufe zu schliessen. Zum Beispiel indem wir als Milchwirtschaftsbetrieb auch Brot-Getreide anbauen, haben wir gleichzeitig unser eigenes Stroh für die Tiere. Mit unserem Mehl backe ich nicht nur für die Familie, sondern auch für den Hofladen. Die Bruch-Körner nehmen wir von der Mühle zurück und verfüttern sie an unsere Hühner. Wir schätzen es sehr, einen Teil unserer Produkte direkt weiterverkaufen zu können. Im Gespräch mit unseren KundInnen können wir viele Zusammenhänge – zum Beispiel warum nicht alles zu jeder Zeit erhältlich ist – erklären. Viele unserer KundInnen sind zu FreundInnen geworden und ihre Rückmeldungen sind für uns sehr wichtig.

**Welches sind die Herausforderungen beim Direktverkauf?**

Unser Hofladen existiert seit 20 Jahren. Veränderungen gehören aber zum Leben. Unsere Söhne sind bereits ausgezogen oder sind gerade daran. Der eigene Haushalt ist kleiner geworden und als Puffer für Überschüsse nicht mehr von Bedeutung. Deshalb backe ich inzwischen nur noch auf Bestellung. Eine zusätzliche Herausforderung sind die eigenen Kräfte – die Work-Life-Balance.

**Sollte man die Beziehung zwischen ProduzentInnen und KundInnen intensivieren, und wie könnte für dich eine gute Lösung aussehen?**

Neue Netzwerke zwischen Bäuerinnen/Bauern und KundInnen werden besonders für kleinere Bio-Höfe in Zukunft wichtiger werden. Es stimmt mich zuversichtlich, dass vor allem junge Leute die Initiative ergreifen, auf Bio-Höfe zugehen und sich mit der Nahrungsmittelherstellung auseinandersetzen. Es gibt auch in der Schweiz zunehmend Beispiele für eine sogenannte «Solidarische Landwirtschaft». Diese Form der Landwirtschaft wird z.B. im 2015 erschienenen Buch von Bettina Dyttrich und Giorgio Höfli «Gemeinsam auf den Acker» vorgestellt.

Das Gespräch führte Monique Frey, Kantonsrätin Grüne (Emmen)

## NACHGEFRAGT

bei Andreas Stäubli  
Präsident Verein gegen das Parkhaus Musegg



Über 2'000 UnterzeichnerInnen wehrten sich im Frühling 2015 mit einer Volksmotion gegen das Parkhaus Musegg. Eine Überweisung hätte die weitere Planung gestoppt. Im Grossen Stadtrat fehlte dafür nur eine einzige Stimme. Die VolksmotionärInnen haben inzwischen einen Verein gegründet.

**Warum kämpfen Sie so intensiv gegen dieses Parkhaus?**

Es ist ein völlig unverhältnismässiges Projekt. Die enormen Risiken und Aufwendungen stehen seinem geringen Nutzen diametral gegenüber.

**Die Zufahrt ins Parkhaus wäre bei der Geissmattbrücke. Was bedeutet dies für die AnwohnerInnen?**

Vor allem eine Belastung durch Gestank, Schadstoffe und Lärm. Dazu kommt eine Gefährdung der VelofahrerInnen, FussgängerInnen und der zahlreichen Kinder auf ihrem Schulweg durch Schwer- und Mehrverkehr. Dies bereits während den jahrelangen Bauarbeiten. Dabei muss bedacht werden, dass die Geissmattbrücke heute schon ein heikler Verkehrsknotenpunkt ist.

**Wie beurteilen Sie die Unterstützung der Stadt für das Projekt?**

Dass sich der Stadtrat so früh auf die Unterstützung dieses privaten Projekts einlässt, ist höchst fragwürdig. Die Stadt gibt die Hoheit über die Verkehrspolitik aus der Hand und überlässt sie Privaten. Es wäre die Aufgabe des Stadtrats, selbst verschiedene Lösungsansätze unabhängig zu prüfen.

**Ist das Projekt nicht einfach eine private Angelegenheit?**

Ein solches für die Allgemeinheit folgenreiche Projekt kann keine Privatsache sein. Zudem birgt das Projekt enorme finanzielle Risiken, unter anderem auch, weil zu knapp kalkulierte Kosten kommuniziert werden. Wenn es scheitert, ist die Gefahr gross, dass die Stadt zu einer finanziellen Beteiligung genötigt würde.

## VOLKSINITIATIVE «KEINE SPEKULATION MIT NAHRUNGSMITTELN!»

JA



«Der Bund muss die Spekulation mit Agrarrohstoffen endlich verbieten.»

Noëlle Bucher, Grossstadträtin Grüne

### Fortsetzung von Seite 1

haus Musegg bestehen, ebenso wie jenes im Inseli und Landenberg. Es würden sich also auch mit dem Parkhaus Musegg weiterhin viele Cars durch die Strassen Luzerns quetschen.

### Förderung von Massentourismus

Der Tourismus in der Stadt Luzern ist momentan einseitig auf Reisegruppen ausgerichtet. Viele Gäste bleiben höchstens eine Nacht in Luzern, meistens fahren sie schon am selben Tag weiter. Dies ist kein nachhaltiger Tourismus. Mit dem geplanten Parkhaus Musegg würde die Stadt Luzern für solche Carreisen noch attraktiver werden. In der Altstadt dominieren schon heute Uhren- und Souvenirläden für TouristInnen, der einseitige Branchenmix wird von vielen Seiten

bedauert. Mit dem Parkhaus würde die Altstadt weiter an Charme und Einzigartigkeit verlieren.

### Nachhaltige Mobilität

Das Parkhaus würde zu mehr Autos auf den Strassen führen und widerspricht somit dem Grundgedanken einer nachhaltigen städtischen Mobilität. Mehrverkehr soll in der Stadt zukünftig zwingend durch öffentliche Verkehrsmittel, Fuss- und Veloverkehr bewältigt werden. Dies wurde durch die haushohe Ablehnung der SVP-Verkehrsiniziativa im November 2015 von der Bevölkerung bestätigt. Ein neues Parkhaus mitten in der Altstadt führt zwangsläufig zu mehr Autoverkehr und darf darum nicht bewilligt werden.

## IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne Luzern, Brüggliasse 9, Postfach 7359, 6000 Luzern 7  
Postkonto: 60-16103-5

Redaktion: Christian Hochstrasser, Andreas Kappeler, Korintha Bärtsch, Gian Waldvogel, Marco Müller

Kontakt: sekretariat@gruene-luzern.ch

Layout/Grafik: Thomas Küng

Korrektur: Stefanie Wyss

Druck: LZ Print

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich um keine Werbung, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet.

# «MEIN ZIEL SIND AUSGEWOGENE LÖSUNGEN, DIE LANGFRISTIG SINN MACHEN»

**Adrian Borgula plädiert für eine Politik, die sich an Kontinuität und Nachhaltigkeit orientiert. Er verrät im Gespräch mit Christian Hochstrasser, warum er kritische Rückmeldungen aus der Bevölkerung schätzt und welche Vision er für die Stadt Luzern hat.**

*Du bist nun seit rund dreieinhalb Jahren im Stadtrat. Zuvor warst du 16 Jahre im Luzerner Kantonsrat. Wie hast du diesen Rollenwechsel erlebt?*

Mein Weltbild ist kein anderes geworden, ich habe immer noch die gleichen Überzeugungen. Als Parlamentarier gehörte es dazu, auch mit etwas provokativeren Vorstössen auf Probleme aufmerksam zu machen und Diskussionen auszulösen. Die exakte Lösung war dabei nicht immer meine Aufgabe. Als Stadtrat muss ich nun aber konkrete, mehrheitsfähige Lösungsvorschläge entwickeln. Ich glaube,



sche Grabenkämpfe. Die Innenstadt mit guten Verkehrslösungen aufzuwerten, die Verkehrssicherheit und Lebensqualität zu erhöhen und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, sind für mich dabei zentrale Aspekte. Eine sachlichere Diskussion wünsche ich mir auch bei der Frage der Finanzen. Welche Leistungen in welcher Qualität wollen wir? Ich finde, diese Frage muss am Ausgangspunkt der Finanzpolitik stehen.

**«Nachhaltigkeit sollte in jedem Thema der Gradmesser sein.»**

Mich beschäftigt zudem, dass wir zum sozialen Zusammenhalt in der Stadt und zur Chancengerechtigkeit Sorge tragen sollten. Da sind Entwicklungen im Gang, die mir Sorgen machen, Stichworte sind die Vereinsamung, die Entsolidarisierung, wachsende Egoismen. Problematisch ist auch das gezielte politische Schlechtmachen einzelner Bevölkerungsgruppen aber auch staatlicher Institutionen und Leistungen.

**Du hast vor dem Stadtratsamt als Biologe vor allem im Bereich Reptilien und Amphibien gearbeitet. Kritiker sagen, Frösche seien für dich wichtiger als Menschen und Wirtschaft. Was sagst du dazu?**

Einige mögen vielleicht belächelnd sagen: «Der Borgula mit seinen Tierchen». Dieser Teil gehört zu mir als Person. Ich bin auch klar der Meinung, dass wir unsere Lebensbedingungen so gestalten müssen, dass eine hohe Lebensqualität für die Menschen auch gute Bedingungen für die Umwelt beinhaltet. Umgekehrt bringt eine hohe Biodiversität auch gute Lebensbedingungen für die Menschen. Das lässt sich gar nicht trennen. Wir teilen den Lebensraum mit Millionen anderen Arten. Nachhaltigkeit sollte in jedem Thema der Gradmesser sein. Die Gestaltung der Allmend finde ich ein schönes Beispiel dafür: Wir haben dort ein Unken-Paradies, Arbeitsplätze, Wohnhäuser, ein Naherholungsgebiet sowie Freizeit- und Messeangebote direkt nebeneinander.

**Was ist deine Vision für die Stadt Luzern 2045?**

Irgendwann werden sich die politischen Stadtgrenzen wohl an die Lebenswelten des «Organismus Luzern» anpassen. In den Siedlungen gibt es viel Quartierleben und Grünraum, damit kehrt ein gesundes Mass an Entschleunigung ein. Kulturelle und soziale Entfaltung gewinnen an Gewicht, Chancengleichheit und Solidarität sind prägende Werte. Bis 2045 werden wir aus dem Atomstrom ausgestiegen und Luzern in der 2000-Watt-Gesellschaft angekommen sein. Das Energieverhalten wäre dann so, wie es global verantwortbar ist.

*Adrian Borgula ist seit 2012 Stadtrat und Vorsteher der Direktion für Umwelt, Verkehr und Sicherheit der Stadt Luzern. Zwischen 1995 und 2011 vertrat er die Grünen im Kantonsrat. 2009 war er Präsident des Luzerner Kantonsrats. Bis zu seiner Wahl als Stadtrat arbeitete er als selbstständiger Biologe in Luzern.*

**«Ich nehme mir vor, Anspruchsgruppen möglichst früh einzubinden.»**

das gelingt mir gut, immerhin haben sämtliche Vorlagen aus meiner Direktion im Parlament und – sofern es eine Volksabstimmung gab – in der Bevölkerung eine Mehrheit erhalten.

**Du kandidierst wieder als Stadtrat. Warum?**

Ich habe Freude an dieser Aufgabe. Viele Projekte wurden in den letzten dreieinhalb Jahren umgesetzt und neue aufgegleist. Hier möchte ich weiterhin mithelfen, ausgewogene Lösungen zu erarbeiten, die langfristig Sinn machen. Ein Beispiel ist die Energie- und Klimapolitik der Stadt. Das ist zwar eine langfristige Aufgabe, aber was wir heute machen können, müssen wir tun.

**Auffallend fand ich deine hohe Präsenz in den Medien und der Öffentlichkeit, auch im Vergleich zu anderen Stadtratsmitgliedern. Wie erklärst du dir das?**

Die hat in erster Linie mit den Themen meiner Direktion zu tun. Bewilligungen für Veranstaltungen, Verkehrsprojekte, Sicherheit. Das sind Themen, die gut greifbar und nahe bei den Leuten sind. Vielleicht hat es auch damit zu tun, dass ich mich gerne der öffentlichen und medialen Diskussion stelle.

**Wie gehst du mit kritischen Rückmeldungen und teilweise heftigem Widerstand um?**

Inzwischen recht gelassen. Sachliche Reaktionen schätze ich sehr, sie helfen mir, gute Lösungen zu finden. Ich will die Anspruchsgruppen möglichst früh einbeziehen und arbeite gerne direkt mit den Leuten zusammen. Damit versachlicht sich die Diskussion meistens und sie wird eingemittelt. Das zeigte sich etwa in den Verhandlungen mit den Familiengartenvereinen oder den Anspruchsgruppen an der Bahnhofstrasse, die anfänglich eher rau waren. Den Kopf hinzuhalten ist zwar herausfordernd, wird aber geschätzt und es lohnt sich, auch wenn am Schluss nicht alle einer Meinung sind.



*«Ich wünsche mir mehr Sachlichkeit und Unaufgeregtheit, statt politische Grabenkämpfe», sagt Adrian Borgula zur Verkehrspolitik in der Stadt.*

**Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton gilt als schwierig. Wie gehst du damit um?**

Es gibt schon manchmal Spannungen, gerade finanzpolitisch, aber mit den Themenverantwortlichen Verkehr und Sicherheit habe ich einen regelmässigen, guten, persönlichen Austausch. Es wird hart um Lösungen gerungen, aber die Zusammenarbeit erlebe ich als lösungsorientiert. Das Gesamtverkehrskonzept ist beispielsweise Ausdruck der guten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton, sowie mit LuzernPlus und dem Verkehrsverbund.

Die Zusammenarbeit auch mit den Gemeinden liegt mir sehr am Herzen. Sie ist die Basis für gute Lösungen, da es kaum mehr Themen gibt, die an der Stadtgrenze halt machen.

**Wie erlebst du die Zusammenarbeit unter den fünf Mitgliedern des Stadtrats?**

Die sehr pluralistische Zusammensetzung im Stadtrat mit fünf Personen aus fünf Parteien erlebe ich als spannende, offene Ausgangslage. Wir diskutieren oft intensiv. Es gibt keine fixen Mehrheiten. Es braucht immer

gute Lösungen und Argumente, bis ein Geschäft im Stadtrat durchkommt.

**Der Stadtrat ist aber mehrheitlich bürgerlich besetzt. Wie gehst du damit um, wenn du nach aussen eine andere Haltung vertreten und deine eigene Meinung zurückhalten musst?**

Das ist natürlich nicht immer ganz einfach (lacht). Das Kollegialitätsprinzip in der Stadt finde ich wichtig für die Zusammenarbeit in der Exekutive und es funktioniert gut. Da möchte ich auch meinen Kolleginnen und Kollegen ein Kompliment machen. Auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung sind, stehen wir bei unseren Geschäften glaubwürdig füreinander ein.

**Hand aufs Herz, wie schwierig ist das für dich beim Parkhaus Musegg?**

Ich vertrete die Haltung des Stadtrats. Dieser unterstützt die Weiterentwicklung des Projekts, setzt aber klare Bedingungen. Dazu gehört die Lösung des Carproblems am Schwanenplatz oder die Vermeidung von Mehrverkehr durch Kompensation anderer Parkplätze.

**Könntest du dir in der neuen Legislatur vorstellen, eine neue Direktion zu übernehmen?**

In der kommenden Legislatur sicher nicht. Ich möchte die begonnenen Arbeiten weiterführen, Lösungen weiterentwickeln und mit den ausgezeichneten Leuten um mich herum weiterarbeiten.

**Du hast 2012 als Stadtpräsident kandidiert. Ist es ein Traum, doch noch einmal Stadtpräsident zu werden?**

Ich bin ganz zufrieden mit meiner Rolle. Das Stadtpräsidium hätte sehr viele Aufgaben in Repräsentation, Vernetzung und Integration. Das finde ich reizvoll, schränkt zeitlich aber auch stark in der Direktionsarbeit ein.

**In Luzern gibt es viele Baustellen, z.B. den Verkehr und die Finanzen. Was sind die drängendsten Herausforderungen, welche die Stadt in der kommenden Legislatur anpacken muss?**

Beim Thema Verkehr ist es mir wichtig, dass wir eine Versachlichung erreichen. Hier wünsche ich mir mehr Unaufgeregtheit und weniger politi-

Bilder: Franca Pedrazzetti

# FLÜCHTLINGE STUDIERN LASSEN!

**Es gibt das Vorurteil, dass Flüchtlinge bezüglich ihrer Ausbildung schlecht qualifiziert seien. Darum habe ich in der Herbstsession 2015 angeregt, dass in der Schweiz die Ausbildung der Flüchtlinge anerkannt bzw. angerechnet werden soll. Zum Beispiel sollten geflüchtete Studierende ihr Studium hier beenden können.**

Die Schweiz könnte spezielle Kontingente für temporäre Aufenthalte von syrischen StudentInnen schaffen, die hier ihr Studium beenden und danach mit ihrem Wissen zum Wiederaufbau ihres hoffentlich dann wieder befriedeten Landes beitragen können.

## Studium fortsetzen

Es darf nicht sein, dass Flüchtlinge in der Schweiz praktisch vor dem Nichts stehen, weil es keine Möglichkeiten gibt, rasch das Studium weiterzuführen. Zumindest für Studierende mit Deutsch-, Französisch- oder Englisch-Kenntnissen müsste das möglich sein – immerhin haben wir auch heute schon Austausch-Studierende, die nicht perfekt deutsch sprechen. Deutschland ist hier offener, wie ein Beitrag vom 26. August 2015 in der Aargauer Zeitung aufzeigte.

## Schweiz macht wenig

Der Bundesrat hat Anfang Jahr zwar angekündigt, ein Kontingent von

2'000 Syrien-Flüchtlingen zu bewilligen und 1'000 Personen den Familiennachzug zu erlauben, geschehen ist bis jetzt aber wenig. Umso wichtiger wäre es, nun vorwärts zu machen, um



«Ungarnflüchtlinge, welche 1956 Schutz in der Schweiz fanden, konnten danach ihr Studium abschliessen.»

Balthasar Glättli

zusätzliche Möglichkeiten für einen vorübergehenden Schutz bedrohter Menschen aus Syrien zu schaffen.

## Ungarn als Vorbild

Für eine erleichterte Wiederaufnahme des Studiums gibt es in der Schweiz ein tolles historisches Vorbild: Ungarn-Flüchtlinge, die 1956 Schutz in der Schweiz gefunden hatten, konnten danach ihr Studium abschliessen. Im Hauptgebäude der Universität Zürich wurde 2006 eine Gedenktafel eingeweiht. Diese wurde von zwölf ehemali-

gen ungarischen Medizinstudierenden finanziert. Im Bericht der «UniNews» von 2006 ist Folgendes zu lesen:

«An der Einweihung der Gedenktafel waren auch ehemalige Mitglieder der «Studentischen Direkthilfe Schweiz-Ungarn» anwesend, darunter Alt-Bundesrätin Elisabeth Kopp, die damals an der Universität Zürich Rechtswissenschaft studierte und als 19-Jährige die Direkthilfe mitgründete.»

## Direkthilfe für Wohnraum

Rund 20 Studierende engagierten sich in der Direkthilfe, erzählt die damalige Helferin Lilian Jaeggi-Landolf anlässlich der Gedenkfeier. Einige Studierende seien nach Österreich und ins damalige Jugoslawien gereist, um geflüchtete ungarische Studierende in Empfang zu nehmen und nach Zürich zu begleiten. Auch der Ursprung der heute noch aktiven «WOKO» (Studentischen Wohngemeinschaft Zürich) liegt laut dem Bericht in dieser Zeit: Anlass für die Gründung war die Suche nach Wohnraum für Flüchtlinge. Wir sollten dieses schweizerische Vorbild ernst nehmen und auch 60 Jahre später Flüchtlinge an unseren Universitäten studieren lassen.

Balthasar Glättli, Nationalrat (ZH), Präsident der Grünen Fraktion im Bundeshaus

## EINDRÜCKE AUS DEM BALKAN: HINTER JEDEM FLÜCHTLING STECKT EIN SCHICKSAL



Familien sind auf der Balkanroute unter schwierigen Bedingungen auf der Flucht. Bild: Fabian Takacs

Letzten Sommer bereiste ich als privilegierter Schweizer ohne Zollschikanen die Balkanregion. Was ich sonst nur aus den Medien kannte, wurde auf einen Schlag dramatische Realität. Die Folgen des Versagens der europäischen Gemeinschaft, die sich gerne aufgeklärt und humanistisch schimpft, waren erschreckend.

und heiss, die hygienischen Bedingungen miserabel. Es stank teilweise fürchterlich. Kinder wurden neben ToiToi-Toiletten gewickelt, Menschen schliefen auf Karton. Mittlerweile haben wir Winter. Die Bedingungen jener Menschen auf der Flucht haben sich inzwischen verschärft – jetzt ist es in diesen Regionen bitterkalt.



«Es geht um Menschen, die Diktatoren, Krieg und Willkür den Rücken kehren»

Tausende Flüchtlinge – von bürgerlicher Seite nur zu gerne zu Zahlen ohne Gesichter degradiert – harrten rund um die Bahnhöfe aus. Es war Sommer

Zurück in der Schweiz, lese ich Kommentare von unangenehmen ZeitgenossInnen. Die Rede ist dabei von «Scheinasylanten» und «gefährlichen Sozialschmarotzern». Das Repertoire an Hässlichkeit kennt keine Grenzen. Als hätten Menschen auf der Flucht vor Armut und Verfolgung nicht andere Sorgen als das Ertragen unserer unreflektierten Wut und des Fremdenhasses. Stehen wir hin und zollen den Menschen Respekt, die für eine bessere Zukunft ihr bisheriges Leben hinter sich lassen und Diktatoren, Krieg und Willkür den Rücken kehren. #SchutzstattHetze

Fabian Takacs  
Einwohnerat Grüne Kriens

## ALLTAG IM ASYLZENTRUM



Bewohner des Asylzentrums Hirschkamp im Gespräch mit Engagierten der Aktion 72-Stunden.

Schon bevor das Asylzentrum Hirschkamp eröffnet wurde, haben sich die Bewohnerinnen und Bewohner des St. Karliquartiers wohlwollend auf die neuen Gäste eingestellt. Gezeigt hat sich dies sehr eindrücklich an der Informationsveranstaltung des Kantons im Pfarreizentrum St. Karl. Nun gehören die mehr als 100 Asylbewerber und Flüchtlinge genauso zum Quartierbild wie die Menschen aus 76 Na-

tionen im BaBeL-Quartier: Wir sind es uns gewohnt, anders aussehende Menschen auf der Strasse anzutreffen.

Es gibt verschiedene konkrete Kontakte zwischen der Pfarrei und dem Asylzentrum:

So ist die Pfarrei in der Begleitgruppe des Asylzentrums vertreten. Beim Projekt «Adventsfenster» hat sich

das Asylzentrum bereits zu zweiten Mal beteiligt. – Asylbewerberinnen haben zudem beim Bestücken der St. Karli-Brücke mitgemacht und mit Jungwacht/Blauring sowie young caritas im September im Rahmen der 72h-Aktion ein Quartierfest auf dem Schulhausplatz St. Karli auf die Beine gestellt.

Silvia Huber, Pfarreileiterin St. Karl

## DURCHSETZUNGS- INITIATIVE

Bei Annahme dieser Initiative werden auch verurteilte AusländerInnen ausgewiesen, die sich lediglich wiederholte Bagatelldelikte zu Schulde kommen liessen. Dabei werden weder die Umstände der Tat, der Aufenthaltsstatus noch das geltende Völkerrecht beachtet.

akzeptiert wird, würden auch AusländerInnen der zweiten und dritten Generation selbst für kleine, gewaltfreie Vergehen, automatisch aus der Schweiz ausgewiesen werden.

Die Initiative verstösst gegen die Rechtsordnung, da sie das Prinzip der Verhältnismässigkeit missachtet. Durch die automatisch zu erfolgenden Ausschaffungen würde nicht auf die individuellen Fälle und Umstände eingegangen. Falls diese Initiative

Im Gegensatz zu dieser Initiative sieht das zur Zeit angewendete Gesetz über die Ausweisung von kriminellen Ausländern eine Härtefallklausel vor. Diese erlaubt es in aussergewöhnlichen Situationen Ausnahmen zu machen, insbesondere bei AusländerInnen, die in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind.

## DURCHSETZUNGSINITIATIVE

# NEIN



«AusländerInnen der dritten Generation würden für gewaltfreie Vergehen in für sie völlig fremde Länder ausgewiesen.»

Ali R. Celik, Grossstadtrat Grüne

# GEMEINNÜTZIGES BAUEN UND WOHNEN FÖRDERN!

**Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region Luzern ist gross. Vor allem mangelt es an Wohnungen, die auch für Leute mit kleinem und mittlerem Budget erschwinglich sind. Vor diesem Hintergrund sind von den Gemeinden besondere Massnahmen gefordert. Gute Bedingungen für die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften sind sehr wichtig.**

## Wohnpolitik ist zentral

Eine sozialverträgliche Wohnpolitik ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben einer Gemeinde oder Stadt. Die Befriedigung eines existenziellen Grundbedürfnisses des Menschen wird dadurch ermöglicht. Es geht dabei vor allem um drei Forderungen: Erstens genügend Wohnraum. Zweitens muss das Wohnungsangebot die Bedürfnisse aller Bevölkerungsschichten abdecken. Und drittens muss der Wohnraum für alle Menschen bezahlbar sein.

## Verdichtung und gute Architektur

Es ist wichtig, die vorhandenen Landreserven besser zu nutzen. So müssen die Gebäude höher gebaut und Verdichtungen vorgenommen werden. Dies führt nur zu guten Ergebnissen, wenn an die Qualität der Architektur und vor allem auch an die Aussenraumgestaltung hohe Anforderungen gestellt werden. Zudem ist eine gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr unabdingbar. Und nicht zu-

letzt muss auch das Zusammenleben durch eine aktive Quartierpolitik gefördert werden.



«**Der Wohnraum muss für alle Menschen – ungeachtet ihres Einkommens – bezahlbar sein.**»

Ruedi Meier

## NACHGEFRAGT bei Louis Schelbert



## Wohnbaugenossenschaften: zuverlässig, sozial und fair

Die Wohnbaugenossenschaften nehmen bei dieser Entwicklung eine zentrale Rolle ein. In vielen Gemeinden, aber auch in den Städten übernehmen diese seit Jahrzehnten eine grosse Verantwortung. Sie bieten gute und bezahlbare Wohnungen an, kümmern sich um soziale und städtebauliche Anliegen, erneuern den Wohnraum regelmässig und vergrössern ihr Angebot. Zudem sind sie für Baurechtslösungen offen, die für Gemeinden und Städte sehr attraktiv sind.

## Auftrag durch die Stadtbevölkerung

Die Stadtbevölkerung hat die Vorteile erkannt und im Jahre 2012 dem Luzerner Stadtrat den Auftrag erteilt, den Anteil der gemeinnützigen Wohnungen von 13 auf 16 Prozent, d.h. um

## Wie funktioniert eine Wohnbaugenossenschaft, die gemeinnützig ist?

Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften orientieren sich am Gemeinwohl, erheben daher Mietzinsen ohne Gewinnabsicht und nach Massgabe der anfallenden Kosten. Zudem werden in Siedlungen von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften die Pflege von Nachbarschaft und gegenseitiger Unterstützung begünstigt.

Louis Schelbert, Nationalrat Grüne Luzern, Präsident des Verbandes Wohnbaugenossenschaften Schweiz (mehr als 1'100 Mitglied-Genossenschaften mit über 140'000 Wohnungen)

rund 2'300 Wohnungen zu erhöhen. Auch die Agglomerationsgemeinden sehen vermehrt die Vorteile des gemeinnützigen Wohnbaus. Der Kanton und die Landgemeinden sollten nun in diese Wohnbaupolitik einsteigen.

## Faire und vernünftige Rahmenbedingungen

Genossenschaften können ihren Auftrag nur erfüllen, wenn sie unterstützt werden. Dies heisst konkret, dass die Genossenschaften zu vernünftigen Konditionen – unabhängig davon, ob nun das Land gekauft oder im Baurecht erworben wird – Zugang zu Landreserven erhalten. Zudem sind die Genossenschaften darauf angewiesen, dass sie das Land durch eine optimale Bebauung gut ausnützen können.

Unter diesen Bedingungen kann der gemeinnützige Wohnungsbau alle seine Qualitäten entfalten. Davon profitieren nicht nur die BewohnerInnen der Genossenschaften selber, sondern auch die Gemeinden und Städte.

So führen Genossenschaftsbauten zu gut durchmischten und sozial funktionierenden Siedlungen für alle Bevölkerungsgruppen, zu attraktiver Architektur und Aussenräumen sowie zu regelmässigen Steuereinnahmen und Baurechtszinsen.

Ruedi Meier, 2000 bis 2012 Stadtrat/Sozialdirektor von Luzern (Grüne), seit 2012 Präsident der Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern abl

## WOHNPREISE STARK ANGESTIEGEN



**Gemäss letzten Meldungen soll sich der Wohnungsmarkt wieder entspannt haben. Können wir jetzt aufatmen?**

Michael Töngi: Nein – die Wohnpreise sind in den letzten Jahren nirgends so stark angestiegen wie im Raum Luzern. Wer jetzt eine neue Wohnung sucht, hat es in Luzern und Umgebung weiterhin schwer. Vor allem, wenn diese Person kein dickes Portemonnaie hat.

## Momentan wird viel gebaut, sinken deshalb auch die Mieten?

Es fragt sich immer, wer baut. Sind es renditeorientierte Unternehmen mit hohen Gewinnmargen? Oder werden Wohnungen gebaut, die dem Renditedruck entzogen wurden? Hier sind die Wohnbaugenossenschaften gefragt: Sie bieten nicht nur preisgünstigen Wohnraum an, sie schauen auch, dass die Wohnungen gut belegt sind. So helfen sie mit, die Zersiedlung zu stoppen.

## Werden Genossenschaften genügend gefördert?

Einzelne Gemeinden wie die Stadt Luzern unternehmen wieder mehr für den Bau und Erhalt von preisgünstigen Wohnungen. Kanton und

«**Der Bund kann gute Rahmenbedingungen schaffen.**»

Bund machen fast nichts. Deshalb hat der Mieterinnen- und Mieterverband eine Initiative gestartet, die Bund und Kantone mehr in die Pflicht nehmen soll.

## Aber der Bund kann ja nicht selber Wohnungen bauen?

Das muss er auch nicht. Aber er kann gute Rahmenbedingungen schaffen. Indem er etwa den Gemeinden ein Vorkaufsrecht zu Gunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus ermöglicht oder diesen eigene Grundstücke anbietet. Möglich sind weiter Verpflichtungen für Bauherren, auch in Renditeüberbauungen preisgünstige Wohnungen zu schaffen.

Michael Töngi, Kantonsrat Grüne (Kriens), Generalsekretär Schweizerischer Mieterinnen und Mieterverband

# DIE GENOSSENSCHAFTSSIEDLUNG NEU ERFUNDEN



Bild: Doris Fanconi

Manchmal sollte man auch über den Luzerner Tellerrand hinausschauen. In der Kalkbreite in Zürich wurde in den letzten Jahren eine neuartige Genossenschaftssiedlung entwickelt. Ganz unten stehen Trams der VBZ im Depot, darüber befinden sich unkonventionelle Läden, ein Kino, eine Kita und oben sind Wohnungen

und Büros. Die Grundidee: Wohnen, Arbeiten und Freizeit gehören eng zusammen. Bezahlbarer Wohnraum und ökologische Ideen werden verbunden. Das Lebensgefühl in der Kalkbreite beschreibt der Zürcher Tagesanzeiger so: «Wenn sich Stadtzürcher plötzlich grüssen».

## MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN

Mit einer nationalen Initiative wollen die InitiantInnen Bund und Kantone verpflichten, sich stärker für den preisgünstigen Wohnungsbau zu engagieren. Konkret sollen zehn Prozent der neu gebauten Wohnungen im Besitz von gemeinnützigen Wohnbauträgern sein. Die Grünen unterstützen diese Initiative.

[bezahlbare-wohnungen.ch](http://bezahlbare-wohnungen.ch)

# SECHS ANTWORTEN ZUR 2. RÖHRE AM GOTTHARD



Der Brenner ist durchgehend vierspurig und erstickt in der Lastwagenlawine – er hat mehr als doppelt so viele Lastwagen pro Jahr zu verkraften wie der Gotthard.

Bild: Alpen-Initiative / foto@zoom-tirol.com

## Bringt eine 2. Röhre mehr Verkehr?

Mit einer zweiten Röhre für den Gotthard-Strassentunnel werden die Strassen-Kapazitäten am Gotthard verdoppelt. Zwar wird auf Gesetzesebene das Benützen von nur zwei statt vier Spuren verankert, dies könnte auf Druck der EU und der inländischen Asphalt-Lobby aber später angepasst werden. Der Gotthard würde mit einer zweiten Röhre zur kürzesten vierspurigen Strassenverbindung zwischen Nord- und Südeuropa werden. Das Verkehrsaufkommen gliche sich dem Niveau des Brenners mit zwei Millionen Lastwagen pro Jahr an.

## Wie wird die zweite Röhre finanziert?

Eine zweite Röhre würde rund drei Milliarden Franken mehr kosten als die Sanierung des bestehenden Tunnels. Dieses Geld würde bei der Lösung von viel dringenderen Verkehrsproblemen in den Agglomerationen fehlen, denn ab 2018 besteht ohnehin eine jährliche Finanzierungslücke von 1,2 Milliarden Franken. Zahlreiche Infrastrukturprojekte in urbanen Regionen, darunter auch solche, die den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr betreffen, könnten wegen einer zweiten Röhre nicht oder nur mit grosser Verspätung finanziert werden.

## Bringt eine zweite Röhre mehr Sicherheit?

Eine zweite Röhre würde sich negativ auf die Sicherheit auswirken. Eine Studie der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) besagt, dass nur schon der durch eine zweite Röhre provozierte Mehrverkehr von 3% auf der gesamten Schweizer Nord-Süd-Achse zu mehr Unfällen führen würde. Das heisst: Etwas mehr Sicherheit auf 17 Kilometern Gotthardtunnel, aber ein viel grösseres Risiko für Unfälle auf den 300 Kilometern zwischen Basel und Chiasso. Die effizienteste Massnahme zu einer Verbesserung der Sicherheit ist die vom Volk verlangte Verlagerung des

Schwerverkehrs auf die Schiene, da die gravierendsten Unfälle durch Lastwagen verursacht werden.

## Wie wirkt sich eine zweite Röhre auf den Alpenraum aus?

In den Alpen verursacht ein Lastwagen dreimal so viel Luftverschmutzung wie im Mittelland. Auch der Verkehrslärm breitet sich in den engen Alpentälern ähnlich stark aus wie in einer städtischen Strassenschlucht. Die Klimaerwärmung, die durch den Mehrverkehr verstärkt würde, würde sich in den Bergen viel verheerender als in anderen Gebieten auswirken. Deshalb muss der Alpenraum besonders geschützt werden.

## Welche Folgen hat der Mehrverkehr auf die Gesundheit?

Schon heute sterben jährlich 3'000 Personen an Folgen der Luftverschmutzung. Auch der Strassenlärm ist ein Problem, von dem jede/r fünfte/r SchweizerIn betroffen ist. Eine zweite Röhre würde mehr Verkehr generieren und zu noch mehr

Luft- und Lärmverschmutzung führen. Die Bevölkerung litte verstärkt an Atemwegs- oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nervosität, Müdigkeit oder Bluthochdruck.

## Welche Auswirkungen hat eine zweite Röhre auf das Klima?

Der Lastwagen-Transport verursacht pro Tonnenkilometer rund 15-mal so viele Treibhausgase wie der Transport mit der Bahn. Deshalb hat sich die Schweizer Stimmbevölkerung 1994 für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene entschieden. Bei konsequenter Verlagerung der Gütertransporte auf die umweltfreundlichere Bahn können pro Jahr 175'000 Tonnen CO<sub>2</sub> vermieden werden. Die Verlagerungspolitik leistet also einen bedeutenden Beitrag zur Erreichung der klimapolitischen Ziele der Schweiz. Eine zweite Röhre würde die Strasse zu Lasten der Schiene stärken und die dringend notwendige Verkehrs- und Energiewende massiv gefährden.

## 2. RÖHRE AM GOTTHARD

# NEIN



«Von vier Spuren nur zwei benutzen: Teuer und unglaublich.»

Korintha Bärtsch, Grossstadträtin und Fraktionschefin Grüne

## WOHNEN UND ARBEITEN IN DER 2000-WATT-SIEDLUNG IM MATTENHOF II

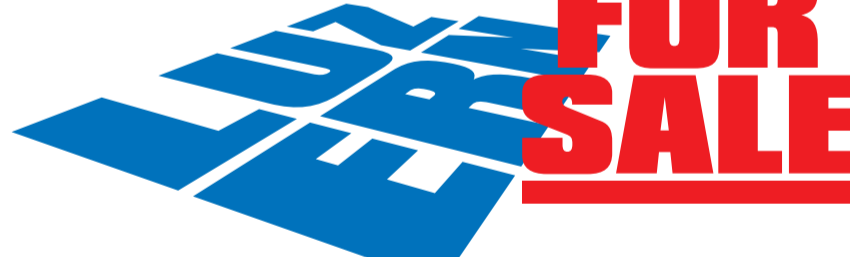
Die Stadt Luzern besitzt direkt beim S-Bahnhof Kriens Mattenhof wertvolles Land. Das Parlament will dieses «im regionalen Interesse» an die Bauunternehmung Eberli verkaufen. Die Grünen fordern, dass auf dem Grundstück Mattenhof II eine 2000-Watt-Siedlung entstehen soll. Das Land soll im Baurecht abgegeben werden.

Das Grundstück Mattenhof II ist ideal an die S-Bahn-Luzern angeschlossen; ein 7,5-Minuten-Takt zum Luzerner Bahnhof ist geplant. Die Luzerner Allmend ist als Freizeit- und Naherholungsgebiet zudem in kurzer Distanz

«Die Stadt verliert den Boden, Eberli macht den Gewinn.»

zu erreichen. Stadtrat und Parlament haben aber keine eigenen Vorstellungen, wie die Stadt diese guten Bedingungen nutzen kann. Stattdessen verkaufen sie das Land an den erst besten Investor. Die Stadt würde den Boden verlieren und Eberli macht den Gewinn. Das Grundstück bietet jedoch ideale Voraussetzungen für den Bau einer 2000-Watt-Siedlung, die Arbeiten und Wohnen kombinieren soll. Das Stadtparlament fordert in der Gesamtplanung, dass bis 2020 «mindestens zwei 2000-Watt-Siedlungen im Bau» sein sollten.

Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt!



## PILATUS ARENA: KAUFRECHT MATTENHOF II AN EBERLI SARNEN AG

# NEIN



«Die Stadt würde konzeptlos ein wertvolles Grundstück verschern!»

Christian Hochstrasser  
Grossstadtrat Grüne

Für eine regionale Saalsporthalle müsste zuerst Bedarf, Nutzen und Grösse gründlich abgeklärt werden. Diese inhaltliche Auseinandersetzung hat jedoch nie stattgefunden. Auch die Frage des Standorts wurde bisher nie öffentlich diskutiert. Die Grünen

erachten beispielsweise den Standort Rothenburg-Station als bessere Variante. Mit dem Verkauf des Mattenhofs würde die Stadt Luzern einmal mehr konzeptlos ein Grundstück verschern.

## TRANSPARENZ STATT INTERESSENKONFLIKTE

Die Bevölkerung hat ein Recht darauf zu wissen, welche Entscheide gefällt wurden und wie die Steuergelder ausgegeben werden. Das Vertrauen der Bevölkerung ist das höchste Gut von Regierung und Verwaltung. Was gestern noch in Hinterzimmern besprochen wurde, muss heute der Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

Die Grüne Fraktion hat sich – wie die folgenden Beispiele aufzeigen – mit verschiedenen Vorstössen erfolgreich für mehr Transparenz eingesetzt:

### Offenlegung der Löhne

Verwaltungsräte und Geschäftsleitungsmitglieder der städtischen Aktiengesellschaften vbl, ewl und Viva Luzern müssen ihre Vergütung in Zukunft offenlegen. Zudem müssen



«Transparenz statt Hinterzimmermauschel. Das schafft Vertrauen in die Stadt.»

Urban Frye  
Grossstadtrat Grüne

Verwaltungsratsmandate öffentlich ausgeschrieben werden. Dank eines Postulats der Grünen muss der Stadt-

rat hier mit der Privatwirtschaft nachziehen.

### Abgangsentschädigungen

Die Stadt darf in Zukunft keine Abgangsentschädigungen – sogenannte goldene Fallschirme – mehr zahlen. Ausnahmen sind soziale Härtefälle. Diese Bestimmung wurde aufgrund einer überwiesenen Motion der Grünen festgelegt.

### Nebenbeschäftigungen

Der Stadtrat muss bei Nebenbeschäftigungen oder Tätigkeiten seiner MitarbeiterInnen in privaten Organisationen prüfen, ob Interessenkonflikte ausgeschlossen werden können. Der Auslöser hierzu war wiederum eine Motion der Grünen für eine bessere «Corporate Governance».

Transparenz bei städtischen Beiträgen: Für Kongresse, Fernsehen, Grossveranstaltungen und die Wirtschaftsförderung sprach die Stadt Beiträge, ohne diese offenzulegen. Dank eines Postulats der Grünen müssen diese von nun an veröffentlicht werden.

Die Grünen fordern in Stadt und Kanton die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips. Der Kantonsrat hat dies erst kürzlich abgelehnt. Luzern ist mit dieser Haltung im schweizerischen Vergleich fast alleine und äusserst rückständig. Die Grünen bleiben dran.

# ATOMAUSSTIEG IST MIT WEITERBETRIEB VON BEZNAU UNGLAUBWÜRDIG

Der Bundesrat hat die Energiestrategie 2050 vorgestellt. Er zeigt auf, dass es möglich ist, die AKWs abzustellen und damit bis 2034 vollständig aus der Atomenergie auszustiegen. Doch auf Druck der AKW-Wirtschaft hat der Bundesrat seine Vorlage massiv abgeschwächt. Diese verbietet zwar neue AKWs, aber die alten und noch viel gefährlicheren AKWs sollen nicht abgestellt werden.

Der Bundesrat und die bürgerlichen AKW-BefürworterInnen betonen, dass für sie die Sicherheit bei den AKWs oberstes Gebot sei. Die bevorzugte Behandlung der alten AKWs steht aber dieser Aussage diametral entgegen.

«Das ENSI erkennt Sicherheitsmängel, fordert aber keine Korrektur.»

Die Umwelt-Kommission des Nationalrats (UREK-N) hat nun zumindest die ENSI-Forderung nach einer verschärften Sicherheitsüberprüfung nach 40 Jahren Laufzeit unterstützt.

## Grosse Sicherheitsmängel

Wäre diese bei Beznau seriös durchgeführt worden, hätten diese beiden Reaktoren schon vor fünf Jahren still-



Bastien Girod kämpft vor dem AKW Beznau für die sofortige Abschaltung.

gelegt werden müssen. Denn Beznau hat aufgrund der überholten Bauweise eklatante Sicherheitsmängel, wie nachfolgend aufgezeigt wird:

**Fehlende Automatisierung:** Beznau benötigt im Falle einer Störung Arbeitsschritte, die innert 30 Minuten

ausgeführt werden müssen, damit es nicht zum Unfall kommt.

**Fehlende räumliche Trennung:** Sicherheitsrelevante Anlagen sind räumlich nicht getrennt, womit eine Explosion gleich zwei Systeme lahmlegen kann.

**Flugzeugabsturz:** Die beiden oben genannten Mängel erhöhen die Gefahr, die bei einem gezielten Flugzeugabsturz droht. Wie kürzlich eine Flugzeugentführung nach Genf gezeigt hat, besteht dieses Risiko auch noch nach dem 11. September 2001. Und gemäss FlugexpertInnen ist ein

gezielter Flugzeug-Absturz auf ein AKW möglich.

Das Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI anerkennt diese Sicherheitsmängel, fordert aber keine Korrektur, was auch mit der fehlenden Unabhängigkeit des ENSI und der ungenügenden rechtlichen Überprüfbarkeit von ENSI-Entscheiden zu tun hat.

## Erneuerbare reichen

Die sechs TWh, die Beznau I und II produzieren, liessen sich einfach durch erneuerbare Energien ersetzen. Schon nur mit einer Verdopplung des Zubaus, den wir bereits 2013 erlebt hatten, würde bis 2020 6.5 TWh mit neuen erneuerbaren Energien produziert. Erfahrungen im Ausland zeigen, dass auch ein noch grösserer Zubau problemlos möglich wäre. Schliesslich haben wir in Europa nicht einen Mangel, sondern eine Überproduktion an Strom. Deshalb würde das Abstellen der AKWs auch den Markt beruhigen, wovon zum Beispiel auch die Schweizer Wasserkraft profitieren würde.



Bastien Girod, Vizepräsident Grüne Schweiz, Nationalrat ZH, Mitglied UREK

## ERFOLGREICHE ENERGIEPOLITIK DER JUNGEN GRÜNEN LUZERN

Im Jahr 2011 hat die Luzerner Bevölkerung beschlossen, dass sie aus der Atomenergie aussteigen und sich auf den Weg der 2000-Watt-Gesellschaft machen will. Die Jungen Grünen haben mit der Initiative «Luzern mit Strom ohne Atom» verlangt, dass die Stadt Luzern bis 2035 aus der Atomenergie aussteigt.

Die Initiative wurde angenommen, ebenso der Gegenvorschlag, der den Atomstromausstieg bis spätestens im Jahr 2045 vorsieht und das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft in einem Reglement festschreibt. Im Reglement sind Energie- und Klimaziele festgehalten, und der Stadtrat ist verpflichtet, Massnahmen, die der Zielerreichung dienen, umzusetzen. Diese sollen bewirken, dass die Stadt den Energieverbrauch senkt, der CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduziert wird und dass Öl, Gas und Atomstrom durch erneuerbare Energien ersetzt werden.

der Sonnenenergie muss beschleunigt werden. In der Stadt Luzern stehen riesige Flächen von Dächern leer, auf denen Strom produziert werden könnte. Dieses Potenzial muss genutzt werden: Die Stadt Luzern könnte fast ein Viertel ihres Stromverbrauchs mit Solarstrom decken.



«Die Jungen Grünen haben erreicht, dass sich die städtische Energiepolitik bewegt.»

Laurin Murer  
Grossstadtrat Junge Grüne

«Die Stadt Luzern muss bis 2025 Strom aus Sonnenenergie verdreifacht haben.»

## Flachdachinitiative

Mit der 2015 eingereichten Initiative «Sonne auf Luzerner Dächern – Flachdach-Initiative» gestalten die Jungen Grünen die städtische Energiepolitik weiter mit. Das Energie- und Klimareglement dient zwar als gute Grundlage, aber die Förderung

## Gegenvorschlag erzwungen

Das Stadtparlament hat einen Gegenvorschlag verlangt und diesen dann gutgeheissen. Die Stadt Luzern muss nun bis spätestens 2025 die Menge Strom aus Sonnenenergie im Vergleich zu 2014 verdreifacht haben. Das ist ambitioniert, aber machbar. Mit diesem Gegenvorschlag waren die Jungen Grünen einverstanden und haben ihre Flachdach-Initiative zurückgezogen. Die Jungen Grünen haben wieder erreicht, dass sich die städtische Energiepolitik bewegt. Damit leisten sie einen konstruktiven Beitrag für eine fortschrittliche Energiepolitik in der Stadt Luzern.

# ZERSIEDELUNG STOPPEN – GEMEINSAME WOHNÄRÄUME SCHAFFEN



Alle 45 Minuten wird ein Einfamilienhaus gebaut, täglich werden Grünflächen in der Grösse von acht Fussballfeldern zur Betonwüste. Mit der Zersiedelungsinitiative setzen die Jungen Grünen den Gegentrend zur Zubetonierung der Schweiz und bieten Alternativen für ein gemeinschaftliches Wohnen.

Die Zersiedelung schreitet in der Schweiz ungebremst voran. In den letzten 50 Jahren wurde in der Schweiz ebenso viel Fläche für Siedlungszwecke beansprucht wie bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Die Zersiedelung führt zu massivem Mehrverkehr und zu leblosen Schlafstädten in der Agglomeration und auf dem Land. Die sozialen und ökologischen Folgen der Zersiedelung sind gravierend. Leider fehlen auch im neuen Raumplanungsgesetz griffige Massnahmen dagegen. Das sind alles Gründe für die Forderung nach einem neuen Lebensent-

wurf, in dem eine qualitative Verdichtung nach innen statt Abschottung nach aussen die Maxime ist.



«Die Initiative fordert einen Einzonungsstopp und nachhaltige Quartiere.»

## Gemeinschaftliches Wohnen und Arbeiten

Die Initiative fordert nicht nur einen Einzonungs-Stopp und verdichtetes Bauen, sondern sie ermöglicht auch

ein modernes gemeinschaftliches Wohnen und Arbeiten. Die Vision sind sogenannte «Nachhaltige Quartiere». Unter diesen versteht der Bund urbane Räume mit rund 500 EinwohnerInnen, einem lokalem Zentrum, grosszügiger Grünfläche und sehr geringem Landverbrauch. Verschiedene bereits realisierte Projekte in der Schweiz zeigen, dass ein solches Leben keine Utopie ist.

Irina Studhalter, Co-Präsidentin Junge Grüne Kt. Luzern

## Eine Vision, die Ihre Unterstützung braucht

Die Jungen Grünen sind auf jede Unterschrift angewiesen. Der Unterschriftenbogen findet sich online auf

[www.zersiedelung-stoppen.ch](http://www.zersiedelung-stoppen.ch)

# DIE ZUKUNFT DER LUZERNER KINDER STEHT AUF DEM SPIEL

**Mit dem Referendum gegen das Budget 2016 sagen die Grünen Nein zur einseitigen Sparpolitik der Stadt Luzern. Denn nicht die Ausgaben, sondern die Einnahmen sind das Problem. Anstatt die Grosskonzerne angemessen zu besteuern, muss nun bei der Förderung der Kinder gespart werden.**

Die Stadt Luzern ist seit Jahren im Sparmodus. Im Sparpaket «Haushalt im Gleichgewicht» gibt es einschneidende Abbaumassnahmen, die auf Kosten der Förderung und Unterstützung unserer Kinder gehen. Daher lehnen die Grünen den Voranschlag 2016 ab und verlangen die kompensationslose Streichung der folgenden drei Massnahmen.

## Integrative Förderung behindern

Die Lektionen für integrative Förderung (IF) dienen Kindern mit besonderem Förderungsbedarf u.a. zum besseren Verstehen des Schulstoffes. Werden diese reduziert, ist zu befürchten, dass betroffene Kinder vermehrt in sogenannte Timeout-Klassen abgeschoben oder gar zu «SonderschülerInnen» deklassiert und gute Lehrpersonen ohne adäquate Unterstützung scheitern könnten. Auch diejenigen SchülerInnen, die über den im Lehrplan geforderten Stoff hinaus lernen wollen und können, profitieren von IF-Lektionen.



## Deutsch als Zweitsprache schwächen

Wenn die Anzahl der Lektionen für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) reduziert würde, ist zu befürchten, dass Kinder mit geringen Deutschkenntnissen nicht nur grössere Defizite im Fach Deutsch, sondern auch in anderen Fächern aufweisen würden. Diese Kinder verlieren damit den Anschluss an den Schulstoff. Die Integration würde so verlangsamt und behindert.

## Quartierarbeit abbauen

Die Stadt wächst, die Quartiere werden dichter besiedelt. Die BewohnerInnen – und besonders die Heranwachsenden – sollen im Quartier eine «Heimat» finden. Zu diesem Zweck hat die Stadt Luzern erst kürzlich die Quartierarbeit aufgebaut. Mit der Streichung der unterstützenden Facharbeit ist zu befürchten, dass die Qualität und die Effektivität der Arbeit leiden würden. Hier Einsparungen vorzunehmen wür-

de bedeuten, Kinder in ihrer Entwicklung zum sozialen Zusammenleben sich selber zu überlassen.

## Parallele Abbaupakete

«Haushalt im Gleichgewicht» ist das fünfte Abbaupaket der Stadt Luzern in Folge. Die Umsetzung der verschiedenen Pakete erfolgt parallel und erfordert vom städtischen Personal nicht nur ständige Kontrolle, sondern auch eine permanente Auseinandersetzung mit der Frage, was sich die Stadt überhaupt noch leisten kann. So bleiben für eine inhaltliche Weiterentwicklung der Dienstleistungen keine Ressourcen.

## Finanzen dominieren

Die Stadtverwaltung soll sorgsam mit

den Steuergeldern umgehen, sie soll zukunftsgerechte und kundenfreundliche Dienstleistungen erbringen können. Dafür braucht sie die nötigen finanziellen Mittel. Die städtische Politik soll aber nicht nur durch die Finanzen dominiert werden. In den Stadtschulen sollen alle Kinder gefördert und unterstützt werden. Es braucht daher eine Politik, die sich den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen stellt, dazu Lösungen entwickelt und diese vorantreibt.

**Mit dem Nein zum Budget fordern wir die ersatzlose Streichung dieser Abbaumassnahmen.**

## VORANSCHLAG 2016

**NEIN**



«Grosskonzerne zahlen kaum Steuern, aber bei der Förderung der Kinder soll gespart werden. So nicht!»

Katharina Hubacher, Grossstadträtin Grüne

# FAIRE STEUERN – AUCH UNTERNEHMEN SOLLEN STEUERN ZAHLEN

**Sprudelnde Steuereinnahmen und ein florierender Kanton: Das wurde uns bei der Halbierung der Unternehmenssteuern versprochen. Doch das Gegenteil ist eingetroffen. Jedes Jahr fehlen Millionen von Franken und der Kanton muss aktuell ein neues Abbaupaket von über 330 Millionen Franken schnüren.**

Einmal mehr werden davon einkommensschwache Haushalte betroffen sein, aber auch der Mittelstand. Höhere Schulgelder, Aufschläge beim öV oder der Wegfall der Prämienverbilligung fressen für sie die Steuer-senkungen der letzten Jahre gerade wieder auf.

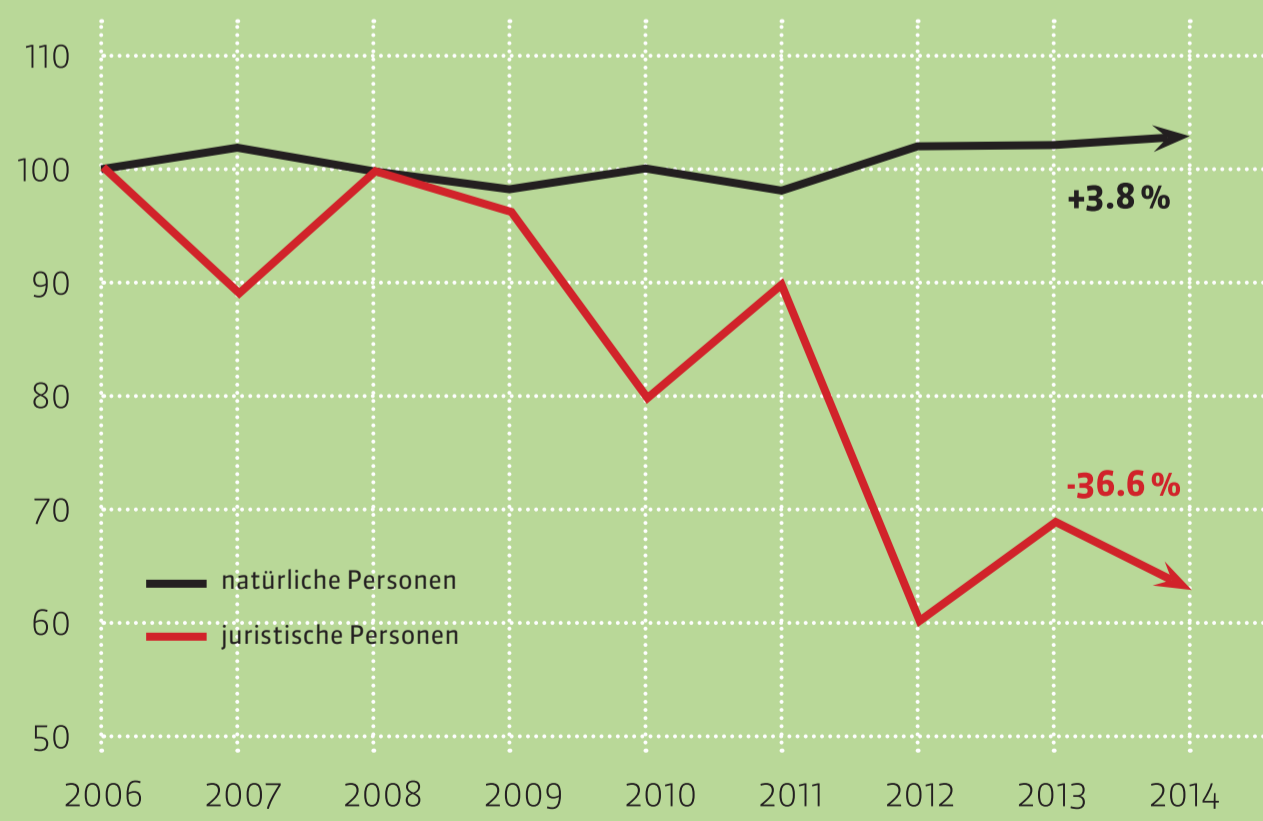
## Heute zum Nulltarif

Dagegen profitieren die Unternehmen: Sie benützen unsere Strassen, sie erhalten gut ausgebildete Angestellte und bestes Bauland. Der Staat bietet ihnen alles, fast zum Nulltarif. Die Grünen meinen: Es ist Zeit, dass

«Steuern spielen für Unternehmensansiedlungen eine untergeordnete Rolle.»

sich auch die Unternehmen wieder stärker an den öffentlichen Aufgaben beteiligen. Eine moderate Erhöhung der Unternehmenssteuern ist dazu das richtige Instrument.

## STEUEREINNAHMEN IN LUZERN



Grafik: Relative Entwicklung der Steuereinnahmen Natürlicher und Juristischer Personen seit 2006 am gesamten Fiskalertrag. Quelle: Kanton Luzern

## Abstimmung 2016

Nur die VertreterInnen von Grünen und SP waren im Kantonsrat bereit, wieder fairere Unternehmenssteuern zu schaffen. In diesem Jahr wird die Luzerner Bevölkerung entscheiden können, ob sich die Unternehmen

wieder an der Finanzierung der staatlichen Leistungen beteiligen sollen.

## Menschen statt Briefkästen

Die Grünen wollen eine Region, die vor allem für ihre EinwohnerInnen attraktiv ist und kein Eldorado für

Briefkastenfirmen ist. Eine gute Wirtschaftsförderung ginge anders. Selbst die wirtschaftliberale Avenir Suisse kommt zum Schluss: Bei grösseren Kantonen wie Luzern spielt die Steuerattraktivität bei der Unternehmensansiedlung gegenüber anderen Standortvorteilen eine untergeordnete Rolle.

## ALLIANZ FÜR LEBENSQUALITÄT

Zwangsferien für SchülerInnen, Abbau beim Naturschutz und weniger Geld für die Behindertenbetreuung. Das ist das Fazit der Kantonspolitik für 2016. Was uns die bürgerlichen Parteien und der Regierungsrat vorlegen, ist trostlos und von kurzfristigen Hauruckübungen geprägt. Einziges Ziel: Jahr für Jahr das Finanzchaos überstehen.

**Guter öffentlicher Verkehr, ein starkes Bildungsangebot und eine Gesundheitsversorgung, die für alle bezahlbar bleibt.**

Die Grünen Luzern wollen die Probleme verantwortungsvoll anpacken. Deshalb haben sie zusammen mit über 40 Organisationen und anderen Parteien die **Luzerner Allianz für Lebensqualität** gegründet. Drei Initiativen sorgen dafür, dass die Leistungen und die Menschen im Zentrum stehen sollen und nicht nur Steuerstrategien und Unternehmensgeschenke. Helfen Sie mit, unterschreiben Sie die Initiativen der Luzerner Allianz für Lebensqualität: [www.gruene-luzern.ch/allianz](http://www.gruene-luzern.ch/allianz)

## UNTERSTÜTZEN? BEITRETEN?

[WWW.GRUENE-LUZERN.CH](http://WWW.GRUENE-LUZERN.CH)

Postkonto: 60-16103-5  
Vielen Dank!